

angebl. ungarnefeindl. Artikel zu einigen Tagen Haft verurteilt. Ende 1906 war er an der Gründung der Ungarländ. Dt. Volkspartei beteiligt, außerdem gehörte er ab 1907 zum Beraterkreis um Thronfolger Franz Ferdinand (s. d.) und beteiligte sich an dessen Überlegungen für eine antidualist. Reichsreform. Während des 1. Weltkriegs engagierte sich S. im Kreis um H. Friedjung (s. d.), aus dem 1915 die „Denkschrift aus Deutsch-Österreich“ hervorging. Noch in den 1920er Jahren galt seine Aufmerksamkeit Fragen der Minderheitenpolitik im Donau- und Karpatenraum, so leitete er etwa die Südostdt. Schulstiftung und nahm an zahlreichen Tagungen, etwa des Ver. für das Dt.tum im Ausland oder des Schulver. Südmark, teil.

W.: Eine Selbstbiographie, in: Die Karpaten 3, 1910 (m. B.); Lebenserinnerungen (= Veröff. des Inst. zur Erforschung des dt. Volkstums im Süden und Südosten ... 13), 1937; etc.

L.: RP, 22. 3. 1929; Biograph. Lex. Südosteuropas; M. Életr. Lex.; Szimnyi; H. Steinacker, in: Ein Leben für Kirche und Volk. FS für Roland S. ..., ed. D. Alexy, 1960, S. 109ff.; ders., Austro-Hungarica (= Buchr. der Südostdt. Hist. Komm. 8), 1963, S. 312ff.; G. Schödl, Alldt. Verband und dt. Minderheitenpolitik in Ungarn 1890-1914 (= Erlanger Hist. Stud. 3), 1978, bes. S. 135ff.; I. Senz, in: Ostdt. Gedenktage 1989, 1988, S. 137ff. (m. B.); Dt. Geschichte im Osten Europas. Land an der Donau, ed. G. Schödl, 2. Aufl. 2002, s. Reg.

(K. Schwarz)

Steinacker Gustav Wilhelm, Ps. G. Treumund, Theologe und Schriftsteller. Geb. Wien, 1. 3. 1809; gest. Buttlesstedt, Sachsen-Weimar-Eisenach (Dtl.), 7. 6. 1877; evang. AB. – Vater von Edmund S. (s. d.). S. absolv. nach Stud. an den evang. Lyzeen in Preßburg, Käsmark (Kežmarok) und der theol. Lehranstalt in Wien trotz Stud.verbots die Univ. Halle, wohin er, als Bediensteter des Buchhändlers Otto Wigand getarnt, ohne Paß ausgereist war. Nach Ungarn zurückgekehrt, widmete er sich der Pädagogik, wurde 1839 mit der Leitung einer höheren Bildungsanstalt für Mädchen in Debreczin (Debrecen) betraut, um 1842 als Pfarrer nach Göllnitz (Gelnica) berufen zu werden. 1846 wechselte er nach Triest. In der von einem selbstbewußten Bürgertum geprägten Triester Kirchengmd. vermochte er im Gefolge der Revolution von 1848 einer gesamtkirchl. Reformbewegung (presbyterial-synodale Kirchenverfassung) Impulse zu geben. Auch konnte er im Sinne seiner spätationalist. und bekenntnisindifferenten Theol. die durch den magyar. Kirchenpolitiker Károly Gf. Zay initiierte Unionsbewegung zwischen AB und HB

rezipieren und auf sog. „Vorsynoden“ 1848–49 propagieren. Infolge seiner Parteinahme für die Ideen des Dt.katholizismus wurde er 1852 gezwungen, die Pfarrstelle niederzulegen und nach Dtl. zu emigrieren. Wegen seines „heterodoxen“ theol. Profils wurde seine Wahl zum Pfarrer an der Kreuzkirche in Hannover vom Konsistorium aufgehoben; 1854 fand er als „Streiter für Licht, Recht und Freiheit“ apostrophierte Propagandist der Grundsätze des Pädagogen Friedrich Froebel in Weimar als Pädagoge, 1857 als Pfarrer in Buttlesstedt eine Anstellung. Als Proponent des Protestantentver. nahm er auch literar. an kirchenpolit. Fragen, insbes. zur synodalen Kirchenverfassung, Anteil. Seine literaturgeschichtl. Bedeutung liegt, abgesehen von eigenen Werken, in der Übers. und Vermittlung ung. Literatur, wofür ihn die Kisfaludyges. auszeichnete.

W.: s. u. Wurzbach.

L.: ADB; Szimnyi; Wurzbach; S. und seine Wahl zum Pastor an der Kreuzkirche in Hannover, 1853; M. Kolbenheyer, in: Der österr. Protestant 13, 1877, S. 165ff.; E. Steinacker, in: Dt. Rolandbuch für Geschlechterkde., 1918; K. Schwarz, in: Südostdt. Archiv 26/27, 1983/84, S. 100ff.; H. v. Hintzenstern, in: Thüring. Forschungen. FS für H. Eberhardt zum 85. Geburtstag, ed. M. Gockel – V. Wahl, 1993, S. 451ff.

(K. Schwarz)

Steinbach Emil, Politiker. Geb. Mariahilf, NÖ (Wien), 11. 6. 1846; gest. Purkersdorf (NÖ), 26. 5. 1907; röm.-kath. – Sohn eines vom Judentum zum Katholizismus konvertierten Goldarbeiters. S. wurde zunächst zu Hause unterrichtet, besuchte ab 1856 die Oberrealschule und maturierte 1863 als Externist mit Ausz. am Akadem. Gymn. in Wien. Danach stud. er Jus. an der Univ. Wien; 1869 Dr. jur. Nach Advokaturspraxis (ab 1869) und einem Lehrauftrag an der Wr. Handelsakad. (ab 1873) wurde S. 1874 ins Justizmin. berufen und war dort maßgebend an der Gestaltung der Arbeiterschutzbestimmungen im Gewerberecht (1884/85), des Gewerbeinspektorengesetzes (1883) sowie des Arbeiter-Unfall- und Arbeiter-Krankenversicherungsgesetzes (1887/88) beteiligt. Daneben war S. Mitgl. der rechtshist. sowie der jurid. Staatsprüfungskommission und unterrichtete ab 1884 auch an der Oriental. Akad. 1887 Sektionschef im Justizmin., wurde er 1891 zum Finanzminister im Kabinett Taaffe ernannt. S. führte die Valutareform – den Übergang vom Silber- auf den Goldstandard – durch und bereitete die Einführung der Personal-Einkommensteuer vor. Sein Versuch, das Wahlrecht zu demokratisieren, zog 1893 den Sturz der Regierung